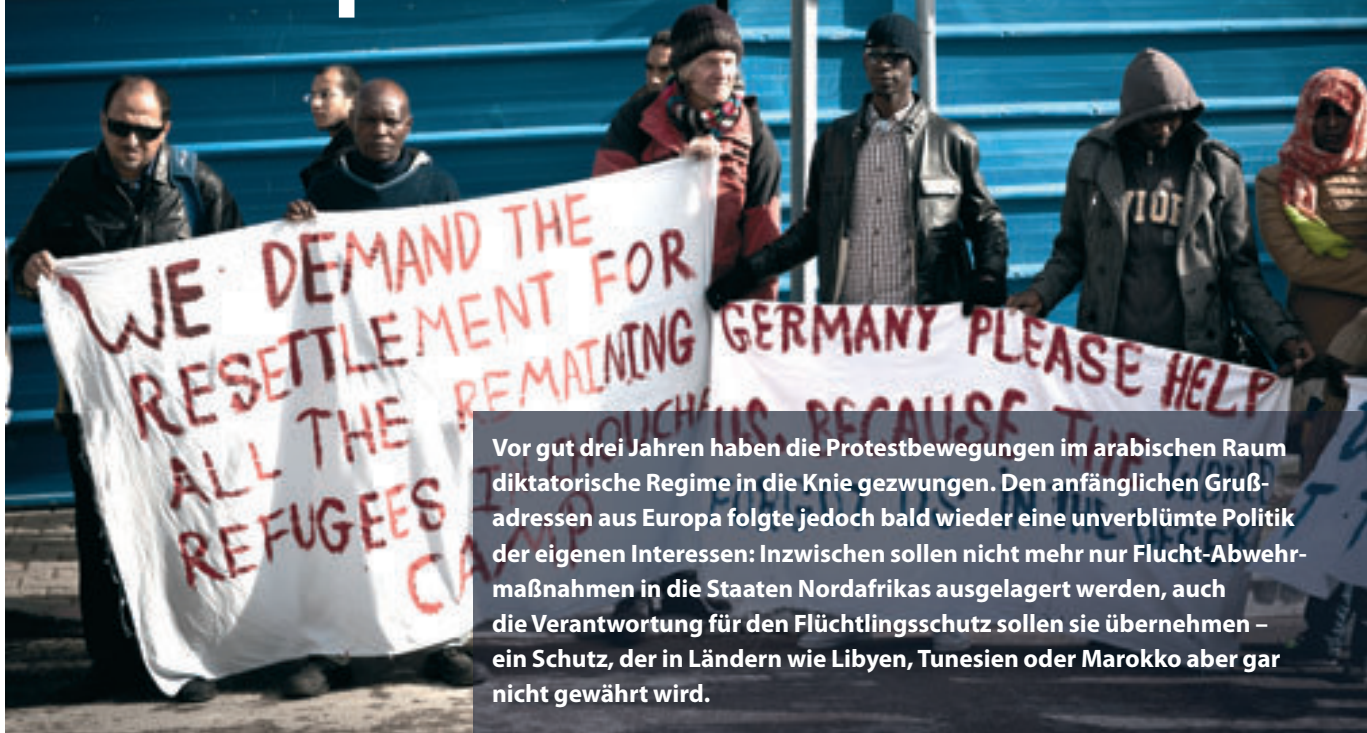


Umkämpfte Grenze Mittelmeer



Vor gut drei Jahren haben die Protestbewegungen im arabischen Raum diktatorische Regime in die Knie gezwungen. Den anfänglichen Grußadressen aus Europa folgte jedoch bald wieder eine unverblümete Politik der eigenen Interessen: Inzwischen sollen nicht mehr nur Flucht-Abwehrmaßnahmen in die Staaten Nordafrikas ausgelagert werden, auch die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz sollen sie übernehmen – ein Schutz, der in Ländern wie Libyen, Tunesien oder Marokko aber gar nicht gewährt wird.

© Chris Grodzki

Judith Kopp

Als im Zuge der nordafrikanischen Revolten 2011 die Grenzkontrollbehörden Tunesiens und Libyens die Kontrollen im zentralen Mittelmeer aussetzen mussten, mobilisierten die EU-Staaten kurzfristig Abwehrinstrumente. Die Regulierung und Kontrolle von Flucht und Migration aus Nordafrika sollte so schnell wie möglich wieder sichergestellt werden. Die längerfristig angelegten Kooperationsprojekte der EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten weisen noch darüber hinaus: Beruflich Qualifizierte sind zunehmend willkommen, Schutzbedürftige hingegen sollen außerhalb Europas Aufnahme finden.

(IM)MOBILITÄTSPARTNERSCHAFT?

Schon kurz nach den Umbrüchen kündigte die EU an, man wolle einen Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums führen, um so genannte Mobilitätspartnerschaften abzuschließen. Mit Marokko kam es im Juni 2013 zur Unterzeichnung einer solchen Partnerschaft, mit Tunesien am 3. März 2014. Der Begriff Mobilitätspartnerschaft klingt gut, ist jedoch eine Verschleierung des erklär-

ten Ziels: Über Abschiebungsabkommen sollen unerwünschte Migrantinnen und Migranten möglichst reibungslos von Europa aus in Transit- und Herkunftsstaaten zurückverfrachtet werden. Mit ins Paket gehört auch die Stärkung der Kapazitäten der Länder im »Bereich Grenzmanagement, Dokumentensicherheit und Korruptionsbekämpfung, um irreguläre Migration weiter einzudämmen«, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor-

geht (Bundestags-Drs. 18/270 vom 7.1. 2014). Als Gegenleistung sollen für »bestimmte Personengruppen« Visaerleichterungen verhandelt werden, konkreter »für tunesische Studierende, Hochschul-lehrer und Forscher zu Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitszwecken«. Sollte der Plan der EU aufgehen, würde die beschränkte Mobilität einer kleinen Elite mit der Immobilität des größten Teils der Bevölkerung erkaufte werden.

Im Schatten der Zitadelle

Am 18. Dezember 2013 veröffentlichten Brot für die Welt, medico international und PRO ASYL die Broschüre »Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf Drittstaaten«. Die Fallstudien zeigen: Die Politik der Externalisierung, also der Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrolle, wirkt sich fatal auf Schutzsuchende aus. Zudem beeinträchtigt sie die Gesellschaften der Transit- und Herkunftsländer.

Die dokumentierten Studien aus dem Senegal, aus Mauretanien, Tunesien, der Türkei und der Republik Moldau bezeugen, was im Schatten der europäischen Zitadelle vor sich geht. Sie führen vor Augen, wie die Vorgaben und extraterritorialen Eingriffe der europäischen Migrationsabwehr bislang offene Räume des Transits und des Verweilens schließen, wie sich diese Räume für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in gefängnisähnliche Orte verwandeln, und wie die betroffenen Gesellschaften sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklungspotentiale verlieren.



Die Broschüre »Im Schatten der Zitadelle« kann über die Website von PRO ASYL www.proasyl.de bestellt und heruntergeladen werden. Die Langstudie wird im Frühling 2014 als Buch veröffentlicht.

EUROSUR UND »MARE NOSTRUM« – MILITARISIERTE ABWEHR

Die Initiativen der letzten Jahre zur Verstärkung der Grenzsicherungsmaßnahmen im zentralen Mittelmeer sind zahlreich. Anfang Dezember 2013 ging das Grenzüberwachungssystem Eurosur in Betrieb. Erklärtes Ziel ist die Bekämpfung »irregulärer Migration«. Eurosur soll die Überwachung durch die mitgliedstaatlichen Behörden und von Frontex entlang der südlichen und östlichen Außengrenze der EU weiter perfektionieren. Für die Erhebung neuer Daten sollen neue Technologien zum Einsatz kommen, die Erarbeitung immer genauerer Lagebilder zu Migrations- und Fluchtbewegungen und ein intensiver Informationsaustausch, um frühzeitig Flüchtlingsboote aufzuhalten, sind geplant. Frontex koordiniert und betreibt das Netzwerk, welches nationale Koordinierungszentren in den Mitgliedstaaten verbindet. Auch die nordafrikanischen Anrainerstaaten sollen in Eurosur integriert werden – denn nur sie können Flüchtlingsboote so früh wie möglich daran hindern, europäische Gewässer oder EU-Territorium zu erreichen. Libyen hat sich bereits im Juli 2012 bereit erklärt, über das regionale Netzwerk »Seahorse Mediterraneo« in Eurosur eingebunden zu werden. Auch Tunesien, Ägypten und Algerien haben ihre Kooperation für 2014 in Aussicht gestellt, so das Nachrichten-Netzwerk ANSAMED (ANSAMED: »Immigration ›Seahorse‹ Mediterraneo for border control«, online am 19. September 2013). Die Kooperation mit Libyen, welche Flucht und Migration aus dem Land verhindern soll, wurde 2013 bereits anderweitig forciert: Am 22. Mai 2013 billigte der EU-Rat eine »Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzschutzmanagements in Libyen« – EUBAM.

Kurz nach der Bootskatastrophe vor Lampedusa am 3. Oktober 2013, bei der über 360 Menschen ums Leben kamen, richtete die EU eine »Task Force Mediterranean« ein. Diese sollte Maßnahmen ermitteln, um tödliche Flüchtlingskatastrophen wie vor Lampedusa künftig zu

verhindern. Bezeichnenderweise wird als erste Priorität die Verstärkung der Grenzüberwachung genannt. Auch Italien stimmte im Herbst in die neue Kontrollrhetorik ein. »Mare Nostrum« heißt die neue Operation, mit der die Grenzüberwachungsaktivitäten Italiens massiv verstärkt werden: Neben Militärschiffen werden unter anderem zwei Patrouillenboote eingesetzt, zwei mit Nachtsicht-Technik ausgerüstete Flugzeuge, zwei Marine-Helikopter und Drohnen. Die Argumentationsfigur »mehr Kontrolle rettet mehr Menschenleben« hat sich mittlerweile im EU-Jargon etabliert: Bewusst ignoriert wird dabei die Tatsache, dass ein Mehr an Kontrolle und Überwachung stets auch zu riskanteren Fluchtrouten führt und zu mehr Toten.

DIE AUSLAGERUNG DES FLÜCHTLINGSSCHUTZES SCHREITET VORAN – DER WIDERSTAND AUCH

Europa setzt drei Jahre nach dem Umbruch in Nordafrika weiterhin auf die Abwehr von Schutzsuchenden, Migrantinnen und Migranten. Das technische Arsenal wird aufgerüstet und Abschottung mit humanitären Argumenten legitimiert. Umso wichtiger sind die Proteste und Kämpfe für die Rechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten auf beiden Seiten des Mittelmeeres. Ein Teil der aus Libyen ins tunesische Grenzcamp Choucha geflüchteten Flüchtlinge fordert bis heute vergeblich eine Aufnahmeperspektive. Angehörige vermisster Bootsflüchtlinge in Tunesien führen ihren Protest weiter, genauso wie andere zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen, die Widerstand gegen das europäische Grenzregime leisten und – wie im Fall des transnationalen Projektes »Watch the Med« (www.watchthemed.net) – die Straflosigkeit etwa bei unentlassener Hilfeleistung oder Gefährdung von Flüchtlingen bei der Grenzabwehr an Europas Seegrenzen bekämpfen. Diese Menschenrechtsarbeit bleibt unverzichtbar im Kampf für die Rechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten. ♦

In der Wüste vergessen? Die Choucha-Flüchtlinge

© Chris Grodzki



Während Europa restriktive Kontrollmaßnahmen als humanitäre Geste kaschiert und benachbarte »Drittstaaten« in die Grenzüberwachungsaktivitäten einbindet, wird auch die Verantwortung für Flüchtlinge, die anerkanntermaßen Schutz benötigen, weiter in die südlichen Mittelmeeranrainerländer ausgelagert. Das Flüchtlingslager Choucha an der libysch-tunesischen Grenze ist Ausdruck dieser Politik. Nach über drei Jahren ist die Verzweiflung der nach wie vor rund 300 in Choucha verbliebenen Flüchtlinge groß. In Europa gibt es keine Bereitschaft, den Flüchtlingen eine Aufnahmeperspektive zu eröffnen, selbst denjenigen nicht, die vom UNHCR als schutzbedürftig anerkannt wurden. Tunesien soll sich um die Aufnahme der Flüchtlinge kümmern, schließlich sei ein »lokales Integrationsprogramm« von der tunesischen Regierung in Zusammenarbeit mit UNHCR installiert worden, so heißt es aus den EU-Mitgliedstaaten. Eine Aufnahmeperspektive bietet dieses Programm jedoch nicht: Noch immer besitzen die Flüchtlinge keine Aufenthaltserlaubnis. Ein Asylgesetz gibt es in Tunesien nach wie vor nicht. Die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Programms reicht kaum zum Überleben, die geplanten Mikro-Kredit-Projekte verfehlen ihre Wirkung und rassistische Anfeindungen und Übergriffe machen den Alltag der Schutzsuchenden unerträglich, so der Bericht einer NGO-Delegation vom Januar 2014. (Er ist zu finden unter www.afrique-europe-interact.net). Zunehmend ist zu befürchten, dass die Flüchtlinge aus Choucha zurück nach Libyen gehen, um von dort aus in Booten in Richtung Europa aufzubrechen. Eine Schutzperspektive in Europa gibt es für sie nur unter Lebensgefahr.